



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Zeit für Familie

Ausgewählte Themen des 8. Familienberichts

Monitor Familienforschung

Ausgabe 26

Zeit für Familie

Ausgewählte Themen des 8. Familienberichts

Monitor Familienforschung

Ausgabe 26

Inhalt

I. Vorbemerkung.....	7
II. Familienzeitpolitik als Teil nachhaltiger Familienpolitik	8
III. Handlungsfelder einer familienorientierten Zeitpolitik	13
3.1 Stärkung der Zeitsouveränität	13
3.2 Verbesserung der Synchronisation von Zeitstrukturen	17
3.3 Umverteilung von Zeit	21
IV. Der 8. Familienbericht im Dialog	24
V. Die Sachverständigenkommission für den 8. Familienbericht	25

I.

Vorbemerkung

Am 28. Oktober 2011 hat die Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz von Professor Dr. Gregor Thüsing ihren Bericht an die Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder übergeben. Das Anliegen des Berichtes ist es, Zeitbedarfe von Familien zu untersuchen und Gestaltungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Familienzeitpolitik darzulegen, die es Familien besser ermöglichen, auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Verantwortung füreinander zu übernehmen. Sein Ziel ist es, bewusst zu machen, dass die Familie nicht nur von ökonomischen und infrastrukturellen Bedingungen, sondern auch von Zeitressourcen lebt. Die Bundesregierung wird zu dem Bericht der Sachverständigenkommission ausführlich Stellung nehmen und den 8. Familienbericht dem Bundestag vorlegen. Danach erfolgt auch seine Veröffentlichung.

Der vorliegende Monitor Familienforschung informiert zum Zeitpunkt der Übergabe des Berichts der Expertenkommission über wesentliche Grundgedanken und Diskussionslinien des 8. Familienberichts. Er greift einige wichtige Ergebnisse und mögliche Empfehlungen heraus, die in der politischen Diskussion zur Zeitpolitik für Familien eine zentrale Rolle spielen.¹

¹ Im vorliegenden Monitor Familienforschung werden lediglich ausgewählte Themen und Ergebnisse des 8. Familienberichts vorgestellt. Er bildet nicht vollständig den 8. Familienbericht ab.

II.

Familienzeitpolitik als Teil nachhaltiger Familienpolitik

Familie gehört zu den vielfältigen Voraussetzungen, auf die der Staat angewiesen ist, ohne sie selbst garantieren zu können. Auch deshalb steht sie unter einem besonderen Schutz. Zeit ist ein zentraler Faktor für das Gelingen von Familie. Sie ist eine Voraussetzung dafür, dass Personen zu einem Familienleben zusammenfinden und im Alltag Familie leben können. Familie ist auch als ein lebenslanger Prozess zu verstehen, in dessen verschiedenen Phasen immer wieder neue zeitbezogene Anforderungen an Eltern, Kinder und Großeltern auftreten.

Gemeinsame Zeit ist eine Voraussetzung dafür, dass das Familienleben nach den jeweiligen Vorstellungen und Lebensentwürfen gelingen kann. Familienmitglieder sind in vielfältige, teilweise in Widerspruch zueinander stehende gesellschaftliche Zeitsysteme eingebunden, die das Familienleben mehr oder weniger direkt beeinflussen.

Vielfach ist Familie der Ort, an dem die verschiedenen Zeitsysteme der Zuwendungs- und Arbeitszeit sowie der Sorge- und Pflegearbeit aufeinander treffen und in Einklang miteinander gebracht werden müssen. Es geht darum, Familie auch für jene Menschen lebbar zu machen, die gemäß ihren Wünschen oder aus ökonomischer Notwendigkeit Zeit für andere Handlungsbereiche – in erster Linie ist hier die Erwerbstätigkeit zu nennen – brauchen.

Als Grundlage einer zukunftsfähigen Familienpolitik wird im 7. Familienbericht der Dreiklang aus Geldleistungen, Infrastruktur und Zeit hervorgehoben. Zeit ist ein zentraler Faktor für das Gelingen von Familie und damit, wie Bundesministerin Kristina Schröder es formuliert hat, „Leitwährung moderner Familienpolitik“. Während in Deutschland Erfolge bei der Transfer- und Infrastrukturpolitik erzielt wurden, fehlt es bislang noch an einer systematisch entwickelten Zeitpolitik. Der 8. Familienbericht stellt die Bedeutung der Zeitpolitik als Teil einer nachhaltigen Familienpolitik in den Mittelpunkt des Interesses. Der Bericht orientiert sich an folgenden grundlegenden Thesen:

■ Zeit ist nicht per se knapp: Deutschland gilt im internationalen Vergleich als ein Land mit einem hohen quantitativen Zeitwohlstand. Es gibt jedoch Zeitknappheiten und Zeitkonflikte in bestimmten Lebensphasen und Lebenslagen von Familien, deren gesellschaftli-

„Familie bedeutet Verantwortung und Erfüllung. Beides geht nicht ohne Zeit füreinander. Nur wenn hierfür hinreichende Freiräume bestehen, kann familiäre Solidarität gelebt werden, kann die Familie lebendige Keimzelle der Gesellschaft sein.“

Prof. Dr. Gregor Thüsing

che und gesamtwirtschaftliche Konsequenzen bedeutsam sind und die deshalb von der Familienpolitik mehr als bisher beachtet und angesprochen werden müssen.

- | Familienpolitik ist im Allgemeinen darauf auszurichten, unerwünschte Einschränkungen der Wahlfreiheit der Lebensführung abzubauen. Ein bloßes Mehr an Zeit für Familie ist nicht ausreichend. Es geht darum, Familie auch für jene Menschen lebbar zu machen, die gemäß ihren Wünschen oder aus ökonomischer Notwendigkeit Zeit für andere Handlungsbereiche – z. B. Erwerbstätigkeit – benötigen.
- | Gelingende Familie und Förderung des Kindeswohls sind auch eine Aufgabe von Staat und Gesellschaft. Mehr Verantwortung für Familie heißt deshalb nicht nur mehr Verantwortung für Eltern.
- | Eine moderne Familienförderung orientiert sich an Familien, nicht an Familienmodellen. Familien sollen ihr Familienleben nach eigenen Vorstellungen gestalten können (Wahlfreiheit).
- | Eines der Kernthemen von Familienzeitpolitik ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die gesellschaftlichen Zeitstrukturen, in denen Familien jeweils eingebettet sind, werden stark von der Arbeitswelt geprägt. Die Flexibilisierung und Individualisierung, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Verdichtung von Arbeit und die zeitliche und räumliche Entgrenzung zwischen Arbeit, Familie und Freizeit stellen familienzeitpolitische Herausforderungen dar.
- | Zeitpolitik kann einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Lebensqualität und zur Verbesserung der Wahlfreiheit der Lebensführung leisten. Auch ist sie geeignet, die Geschlechtergerechtigkeit spürbar zu verbessern.

„Primäres Ziel einer nachhaltigen Familienpolitik muss es sein, jene gesellschaftlichen Strukturen umzugestalten, die die Wahlfreiheit der Lebensführung einschränken. Gegenwärtig wird die Wahlfreiheit vor allem durch das unzureichende Angebot, qualitativ wie quantitativ, an Kinderbetreuungseinrichtungen sowie durch die weithin fehlende Familienorientierung der bestehenden Betreuungs- und Bildungseinrichtungen eingeschränkt.“

Prof. Dr. Norbert Schneider

Familienzeitpolitik sollte auch eine Benachteiligung der Familie im Zeitgebrauch gegenüber anderen Institutionen verhindern. Es geht um gesellschaftliche Zeitstrukturen und Zeitnormen, in denen Familie ihren Platz hat. Familie darf nicht zum Hindernis für die Teilhabe am sozialen, beruflichen und kulturellen Leben werden. Daher

muss die Familienpolitik um ein weiteres Standbein, nämlich die Familienzeitpolitik, ergänzt werden.

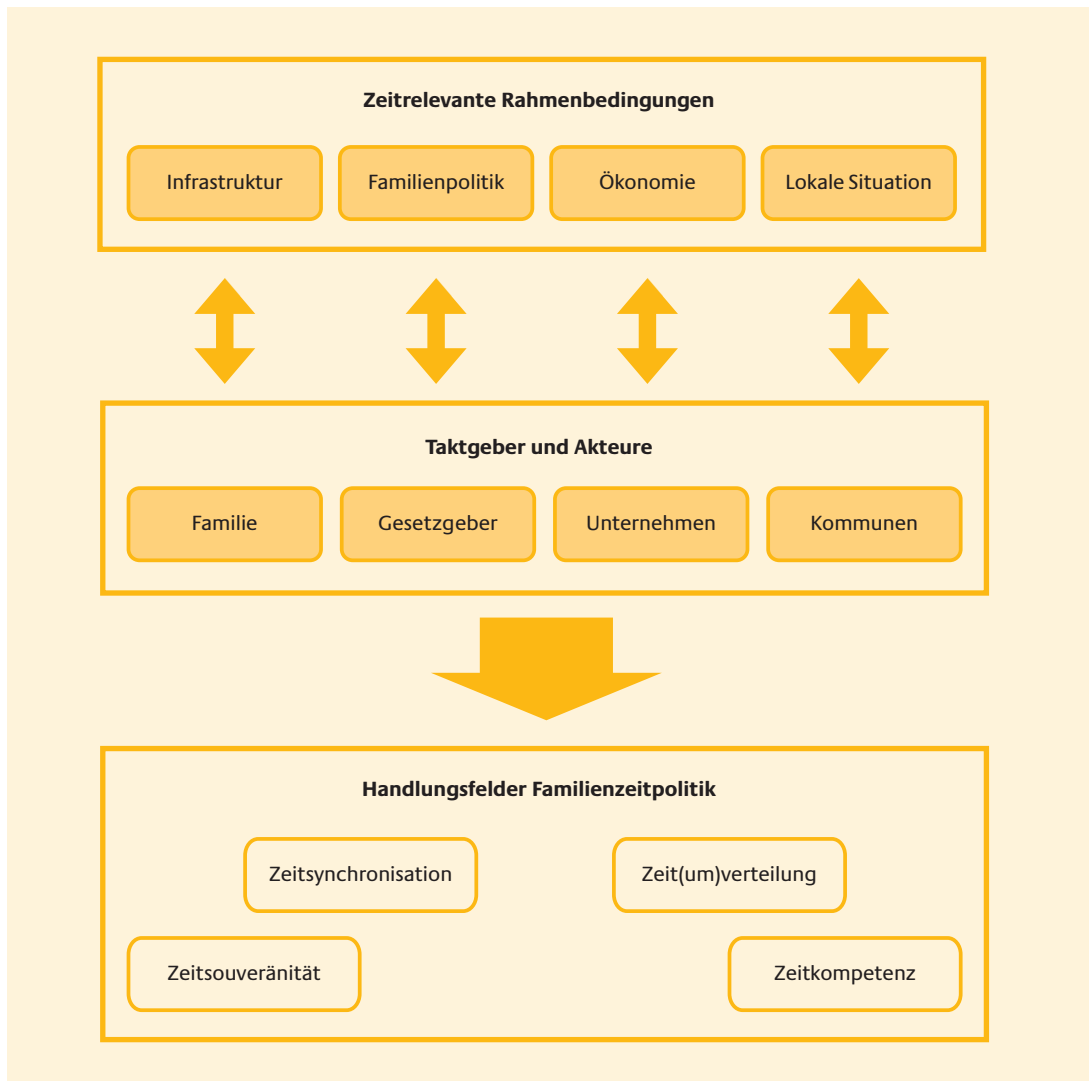
Eckpunkte einer Familienzeitpolitik

Familienzeitpolitik, wie sie im 8. Familienbericht in den Blick genommen wurde, orientiert sich an folgenden Eckpunkten: den Rahmenbedingungen, den Taktgebern und Akteuren sowie den möglichen Handlungsfeldern (Abbildung 1).

Familienzeit findet unter den *Rahmenbedingungen* statt, die von der vorhandenen Infrastruktur, der Politik (insbesondere der Familienpolitik), der Ökonomie und der jeweiligen lokalen und regionalen Situation gebildet werden. Zu den zeitrelevanten infrastrukturellen Rahmenbedingungen gehört u. a. die öffentliche Kinderbetreuung nach Umfang und

Qualität. Familienzeitpolitik als Teil von Familienpolitik interagiert daher auch mit anderen Feldern der Familienpolitik, seien sie transfer- oder infrastrukturorientiert. Zu den ökonomischen Rahmenbedingungen zählen alle vorübergehenden oder anhaltenden Bedingungen, welche die Erwerbs- und Einkommenssituation der Familien in ihren unterschiedlichen Phasen beeinflussen.

Abbildung 1: Eckpunkte einer Familienzeitpolitik



Quelle: eigene Darstellung

Familienzeitpolitik will Einfluss auf die zeitlichen Bedingungen und Wirkungen der politischen, wirtschaftlichen und insbesondere der lebensweltlichen Bedingungen der Familie nehmen.

Taktgeber

Familienzeitpolitik adressiert die verschiedenen Taktgeber der familiären Zeit und fordert dazu auf, die Freiräume zeitlicher Gemeinsamkeit zu schaffen und zu respektieren:

<p>Unternehmen und Sozialpartner</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▮ Sie gestalten die betrieblichen Arbeitsbedingungen und bestimmen so über die Zeit der Familienmitglieder mit. ▮ Durch die – gesamtgesellschaftlich zu begrüßende – höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen wird die Notwendigkeit familiärer Rücksichtnahme wichtiger als ehemals. <p>Die notwendige Synchronisation der Arbeitszeiten zweier Erwerbstätiger bedarf der Freiräume und Flexibilität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.</p>
<p>Kommunen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▮ Sie sind als wichtiger staatlicher Akteur gefordert, denn sie stellen die Infrastruktur insbesondere der Betreuung und Erziehung zur Verfügung. <p>Die bedarfsgerechte Bereitstellung einer qualitativ hochwertigen und auch zeitlich passenden Betreuung vor Ort ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass Freiräume zur Erwerbstätigkeit geschaffen werden und dass Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe effektiv unterstützt und entlastet werden können.</p>
<p>Gesetzgeber</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▮ Er schafft die rechtlichen Rahmenbedingungen, in denen Familien leben und handeln. <p>Gesetzliche Vorgaben sollen daraufhin überprüft werden, ob die Zuteilung des Rechts über familiäre Zeit angemessen ist bzw. eine Zuteilung ermöglichen.</p>
<p>Familie und ihre Mitglieder</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▮ Sie sind die gesellschaftliche Gruppe, auf die sich das familienzeitpolitische Interesse richtet. ▮ Familien sind der Ort, an dem eine Reihe von Entscheidungen fallen, die jenseits aller rechtlicher Vorgaben das Zeitbudget und die Zeitstruktur verändern. ▮ In Familien wird Fürsorge und Erziehung aufgewendet und gegenseitig Verantwortung übernommen. <p>Der Stellenwert familiärer Verantwortung muss stärker im gesellschaftlichen Wertekanon verankert werden.</p>

Handlungsfelder

Zeitpolitik will die Vereinbarkeit öffentlicher, wirtschaftlicher und politischer Zeitstrukturen mit den Bedürfnissen von Individuen, Familien und Gruppen verbessern. Als Familienzeitpolitik will sie Maßnahmen und Strategien entwickeln, die den Zeitwohlstand und die Zeitsouveränität der Familien erhöhen können. Beides sind wesentliche Bestandteile der Lebensqualität.

„Gelingende Familie erfordert auch und insbesondere Zeit. Wir sollten daher – nicht nur im Kontext der Familienpolitik – die Verkürzung von Wohlstand auf materielles Wohlergehen überwinden und die gesellschaftliche Kreativität auf die Möglichkeiten zur Schaffung von mehr Zeitwohlstand lenken.“

Prof. Dr. Dr. Helmut Schneider

Diese grundsätzlichen Überlegungen berücksichtigend, hat die Kommission des 8. Familienberichts vier verschiedene Handlungsfelder des zukünftigen familienzeitpolitischen Handelns identifiziert:

Zeitsouveränität	Vielfältige gesellschaftlich vorgegebene Zeitstrukturen beeinträchtigen die freie Verwendung von Zeit, sodass es insbesondere in Familien mit Kindern häufig zu Zeitknappheiten und Zeitkonflikten kommt.
Zeitsynchronisation	Ein zentrales Problem bei der Gestaltung von Familienalltagen ist, dass verschiedene Zeitstrukturen nicht aufeinander abgestimmt sind. So werden die Arbeitszeiten der Eltern nicht vollständig durch die Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen abgedeckt.
Zeitumverteilung	In den verschiedenen Lebensphasen und Lebenslagen unterscheidet sich der Umfang der Zeitressourcen von Menschen deutlich. Eltern mit Kindern leiden häufiger unter Zeitknappheit, während Personen im Ruhestand und kinderlose Menschen zum Teil sehr große Zeitreserven haben.
Zeitkompetenz	Mangelnde Fähigkeiten im Umgang mit Zeit verhindern, dass Familien ihre Zeitressourcen optimal nutzen, z. B. bei der Bewältigung des Alltags.



Handlungsfelder einer familienorientierten Zeitpolitik

Die Kommission hat Vorschläge zu einer familienorientierten Zeitpolitik erarbeitet, die sie entlang der von ihr identifizierten Handlungsfelder systematisiert hat. Im Folgenden werden ausgewählte Handlungsfelder genauer vorgestellt.

3.1 Stärkung der Zeitsouveränität

Die Zeitsouveränität von Eltern hängt sehr stark davon ab, wie sie in die Arbeitswelt eingebunden sind. Durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen entsteht zusätzliche Wertschöpfung, aber die Erwerbstätigkeit verlangt oft ein hohes Maß an zeitlicher Anpassung. Veränderte betriebliche und rechtliche Rahmenbedingungen und ein weiterer Ausbau der Betreuungsinfrastruktur können die souveräne Zeitverfügung von Eltern erhöhen.

„Frauen stellen mittlerweile fast die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland. In den meisten Fällen arbeiten sie jedoch unfreiwillig weniger als Männer. Wäre eine ausreichende Kinderbetreuung gegeben oder aber Unterstützung bei der Pflege älterer Familienmitglieder, würde die Hälfte der teilzeitbeschäftigten Frauen mehr arbeiten wollen. Familienzeitpolitik sollte nicht nur die institutionellen Möglichkeiten für Frauen bieten, mehr zu arbeiten, sondern auch ein Bewusstsein in der Gesellschaft für die besondere Belastung von Frauen schaffen.“

Prof. Dr. Dr. Joachim Möller

Die Zeitsouveränität ist eingeschränkt, wenn der Zeitgebrauch in erheblichem Maße fremdbestimmt ist. Zeitknappheit und Zeitkonflikte sind die Folge. Prinzipiell können berufsbedingt Zeitprobleme für Familien aus dem Umfang der Erwerbstätigkeit sowie aus der Verteilung und der Lage der Arbeitszeit entstehen. Oftmals erwachsen die Probleme auch daraus, dass die Arbeit angeordnet wird und Eltern z. B. nicht über Überstunden ent-

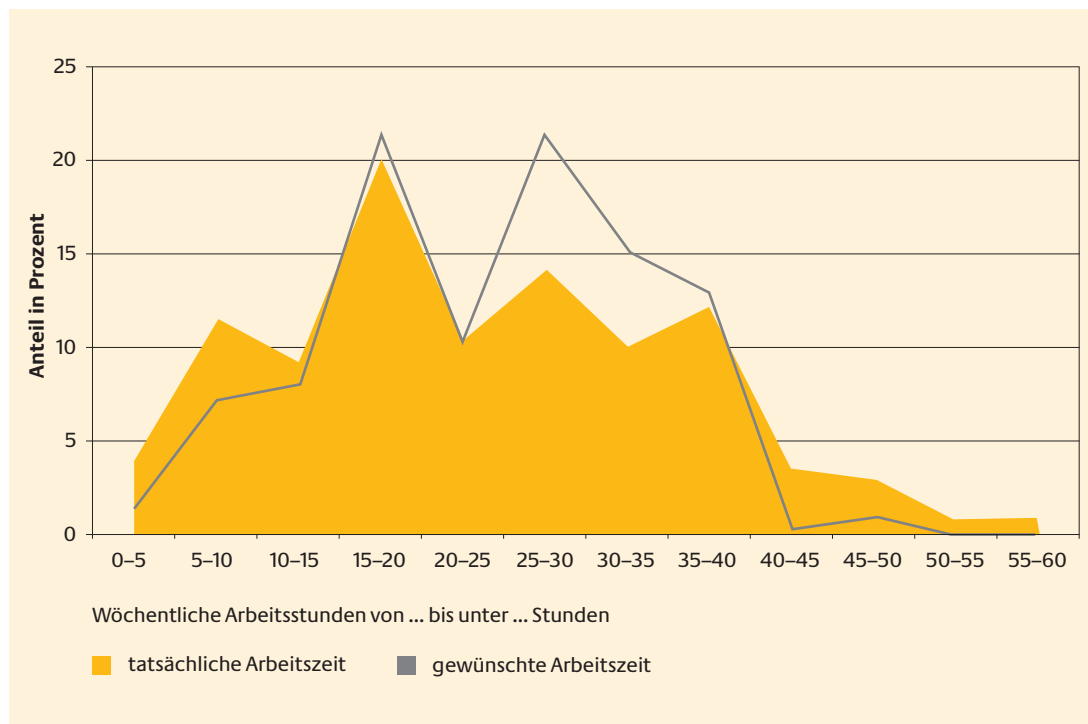
scheiden können, sodass Konflikte mit der familialen Betreuungssituation nicht vermieden werden können.

Die Mehrheit von Frauen und Männern möchte heute sowohl Familie als auch Erwerbstätigkeit verbinden. In Deutschland galt lange Zeit eine Trennung von Erwerbs- und Familiensphäre, was vor allem die Frauen auf die unbezahlte Familienarbeit beschränkte. Länder wie Dänemark, Schweden, Finnland und Frankreich haben früher als (West-)Deutschland begonnen, die Erwerbstätigkeit von Frauen zu fördern. Begleitend dazu wurde in diesen Ländern z. B. das Recht auf staatlich finanzierte Kinderbetreuung verankert. Aber auch in

Deutschland haben sich die Lebens- und Arbeitsmodelle inzwischen stark verändert. Immer häufiger sind beide Eltern erwerbstätig, wenn Kleinkinder zum Haushalt gehören. Die bevorzugte Beschäftigungsform ist dabei die Vollzeit-/Teilzeit-Kombination. Häufig arbeitet dabei der Mann in Vollzeit, die Frau in Teilzeit. Das verändert auch die zeitliche Ausgangslage von Familien deutlich.

Im Hinblick auf die Arbeitszeiten sind die Bedingungen in den Unternehmen noch nicht durchgängig auf die Bedürfnisse von Familien ausgerichtet. Besteht die Alternative in der Wahl zwischen einer Vollzeit- oder einer Teilzeitstelle oder bleibt nur die geringfügige Beschäftigung als familienverträgliche Option, dann geht das an den Wünschen der Eltern vielfach vorbei. Viele Mütter bevorzugen vollzeitnahe Teilzeitarbeitsverhältnisse mit einem Umfang der Arbeitszeit von etwa 30 Stunden, die ihnen aber nicht in einem ausreichenden Umfang angeboten werden (Abbildung 2). Väter arbeiten dagegen oft mehr, als es ihren Wünschen entspricht. Viele haben reale Arbeitszeiten von über 40 Stunden, möchten aber häufig nur 35 bis 40 Stunden arbeiten. Bei langen Arbeitszeiten für Männer bleibt wenig Zeit für die gemeinsame Erziehung der Kinder, für die regelmäßig anfallende Hausarbeit oder für Pflegeaufgaben. Mütter können kaum mit Unterstützung rechnen und müssen die Situation über eine eigene Verringerung der Erwerbstätigkeit oder durch die Inanspruchnahme von öffentlicher oder privater Kinderbetreuung ausgleichen.

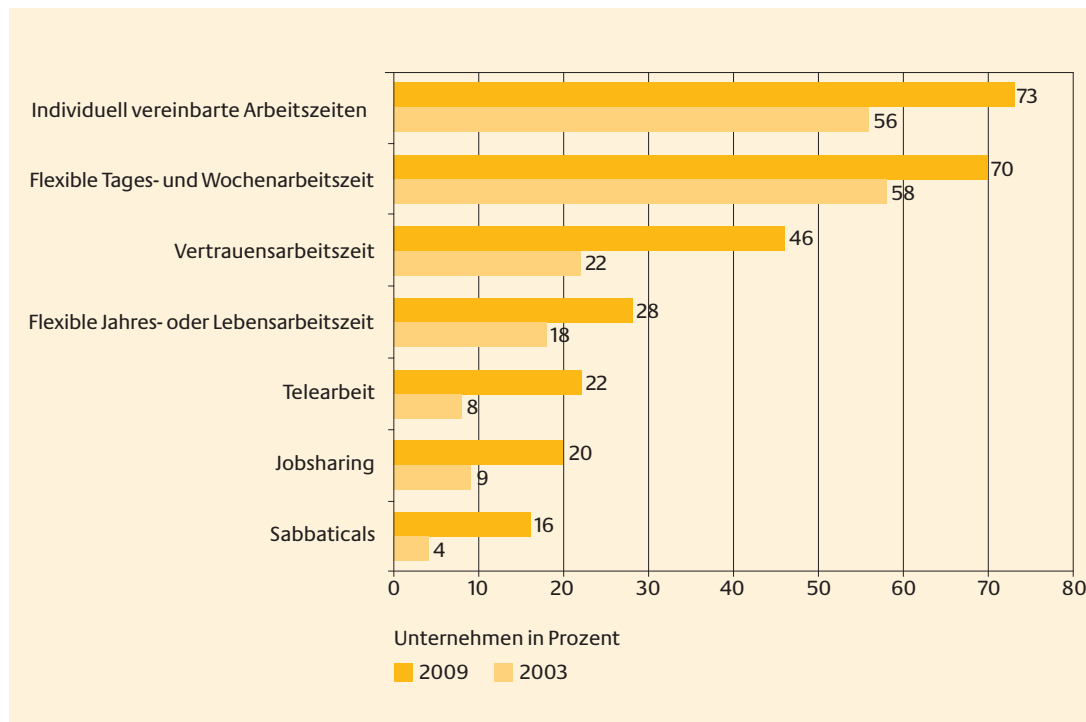
Abbildung 2: Verteilung der gewünschten und tatsächlichen Arbeitszeiten von Müttern, 2009



Quelle: SOEP 2009; Berechnungen des ifo Instituts

Die Arbeitszeiten sind somit der Dreh- und Angelpunkt einer auf die Familie Rücksicht nehmenden Wirtschaft. Die Wirtschaft hat sich hier schon spürbar bewegt (Abbildung 3). So bieten mittlerweile 73 Prozent der Unternehmen individuell vereinbarte Arbeitszeiten an. Bei der Frage der Arbeitszeitflexibilität hat man es jedoch mit einem ambivalenten Instrument zu tun, bei dem nicht feststeht, ob die betrieblichen Maßnahmen auch stets den Bedürfnissen der Familie entsprechen.

Abbildung 3: Verbreitung familienbewusster Arbeitszeitmodelle



Quelle: Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2010

Ausgewählte Schlussfolgerungen der Kommission:

„Eine Zeitverwendung in Form bezahlter Erwerbsarbeit stellt letztlich die wesentliche Grundlage materiellen Wohlstands dar. Deshalb sollte bei der Ausgestaltung einer Familienzeitpolitik stets im Auge behalten werden, dass sie nicht zu einem Zielkonflikt mit der Sicherung des materiellen Wohlstands führt.“

Dr. Hans-Peter Klös

Ziel familienbezogener Zeitpolitik ist nicht eine Erhöhung der Zeitsouveränität einzelner Familienmitglieder um jeden Preis. So dürfen etwa betriebliche Notwendigkeiten bei der Gestaltung von Arbeitszeiten nicht außer Acht gelassen werden. Wo jedoch Effizienzreserven bei der Verwendung von Zeit bestehen, die in sozialverträglicher Weise nutzbar sind, sollten diese aufgezeigt und

genutzt werden. Solche Reserven können nicht nur im Bereich der Arbeitszeiten liegen, sondern auch in anderen gesellschaftlichen Strukturen, insbesondere bei der institutionellen Kinderbetreuung. Bei der Erhöhung der Zeitsouveränität sollte die Entlastung von Familien im Alltag im Fokus stehen.

Familieninteressen sollten in rechtlichen Regelungen, Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen eine stärkere Berücksichtigung finden.

1. Die Familie ist keine klassische Kategorie des Arbeits(zeit)rechts. Im ursprünglichen und unmittelbaren Sinn ist sie hier nicht verortet. Das sollte sich ändern. Denn mit dem stärkeren Engagement von Frauen in der Arbeitswelt und von Männern im Familienleben sind auch die familialen Anforderungen an die Arbeitswelt deutlich gestiegen. Mehr Zeitsouveränität von Familien könnte eine Weiterentwicklung des Rechts auf Teilzeit bewirken. Eine Erweiterung könnte im Hinblick auf eine Mitwirkung bei der Lage der Arbeitszeit erfolgen. So könnte Familien in besonderen Problemsituationen eine bessere

„Viele Arbeitgeber haben in den letzten Jahren deutliche Fortschritte in Sachen familienbewusste Personalpolitik gemacht. Derzeit stehen vor allem flexible Arbeitszeitmodelle im Fokus. Eine familienbewusste Zeitpolitik umfasst jedoch mehr: wie die Gestaltung von lebensphasenorientierten Werdegängen, die Unterstützung beim Wiedereinstieg sowie eine Unternehmens- und Führungskultur, die Wertschätzung gegenüber der Vereinbarkeit von Beruf und Familie entgegenbringt.“

Prof. Dr. Jutta Rump

Vereinbarkeit von Familie und Beruf entsprechend ihren Bedürfnissen ermöglicht werden. Als Kompensation der erweiterten Arbeitnehmerrechte wäre der Anwendungsbereich des Gesetzes auf familienbedingte Arbeitszeitwünsche zu reduzieren und den betrieblichen Gründen des Arbeitgebers, die einem solchen Wunsch entgegenstehen können, stärker als bisher Rechnung zu tragen.

2. Familienbewusste Arbeitszeiten als wesentlicher Faktor für das Gelingen von Familie liegen auch in der Verantwortung von Unternehmen und Tarifpartnern. Unternehmen und Tarifparteien sollten in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen substanzielle Lösungen im Sinne der Rücksichtnahme auf Familien erarbeiten und implementieren.
3. Voraussetzung dafür, dass es in den Unternehmen mehr als bisher zu einer familien-gerechten Umsetzung von Regelungen kommen kann, ist eine familienbewusste Unternehmenskultur. Den Führungskräften fällt dabei eine zentrale Rolle zu, da sie einerseits oft über die konkrete Umsetzung der Maßnahmen entscheiden, andererseits auch als Vorbild für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fungieren.

3.2 Verbesserung der Synchronisation von Zeitstrukturen

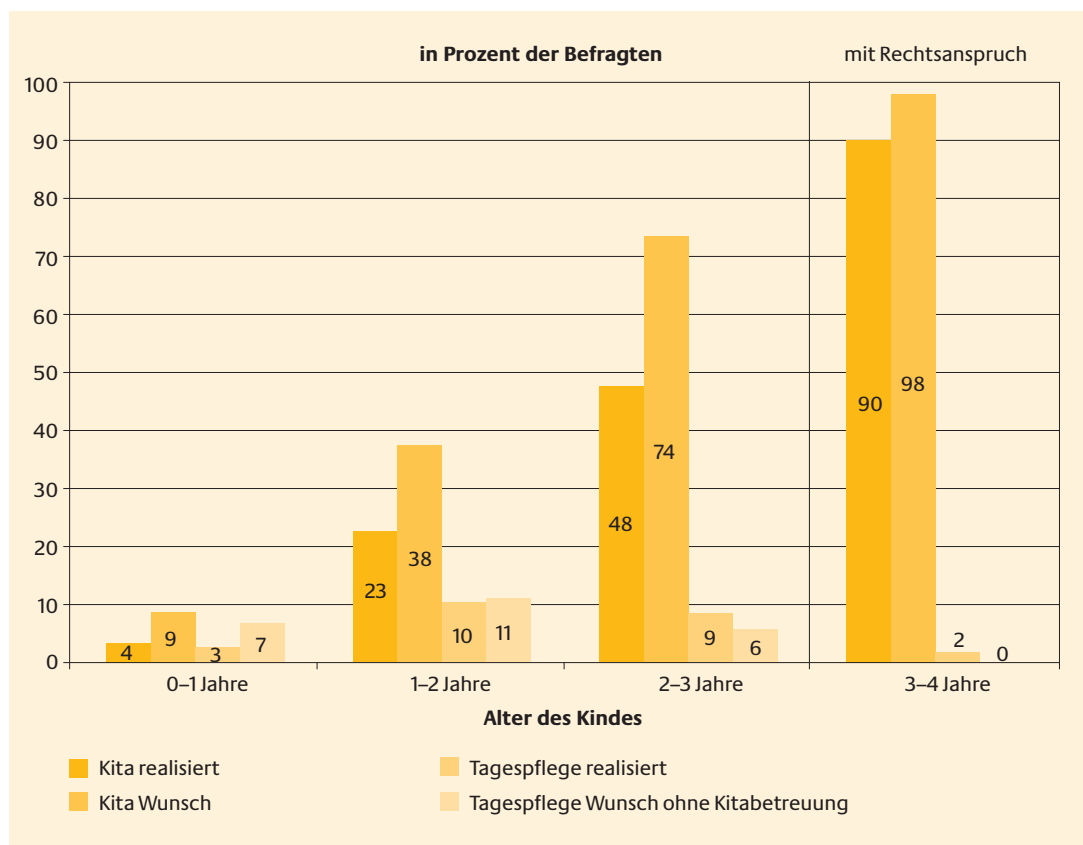
Soweit Zeitstrukturen nicht aufeinander abgestimmt sind, erschweren sie die Gestaltung des Familienalltags. Ein klassisches Beispiel für unkoordinierte und damit nicht kompatible Zeitstrukturen sind Arbeitszeiten und die Öffnungszeiten von Kindergärten oder Behörden. Strukturell hervorgerufene Zeitkonflikte treten besonders in zeitlich ohnehin belasteten Familienkonstellationen auf, die über wenig Zeitpuffer verfügen. Dazu zählen erwerbstätige Alleinerziehende, Doppelverdiener- und Mehrkindfamilien. Für die familienbewusste Synchronisation von Zeitstrukturen sind die kommunalen Akteure gefragt.

Die Zeitsouveränität von Eltern wird beträchtlich dadurch eingeschränkt, dass Schulen und Betreuungseinrichtungen keine Rücksicht auf die Arbeitszeiten von Eltern nehmen. Öffnungs- und Ferienzeiten, die auch mit einer Vollerwerbstätigkeit beider Eltern vereinbar sind, würden wesentlich dazu beitragen, dass die Zeitsouveränität in Deutschland strukturell erhöht wird.

Eine an den Arbeitszeitwünschen ausgerichtete Erwerbsoption besteht für Mütter nur, wenn es eine erreichbare und bezahlbare Kinderbetreuung gibt. Ohne sie sind die Zugänge zum Arbeitsmarkt eingeschränkt.

Die familienpolitischen und gesellschaftlichen Anstrengungen haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass das Angebot an staatlichen Kinderbetreuungsangeboten deutlich ausgeweitet werden konnte. Insbesondere wurden zusätzliche Betreuungsplätze für unter 3-Jährige eingerichtet, sodass der Anteil der unter 3-Jährigen in Kinderkrippen zwischen 2006 und 2010 von 12 Prozent auf 19 Prozent gestiegen ist. Aber die angebotene Anzahl an Betreuungsplätzen deckt immer noch nicht die Nachfrage der Eltern. Es haben etwa nur 57 Prozent der Kinder zwischen zwei und drei Jahren einen Betreuungsplatz, während sich 80 Prozent der Eltern einen Betreuungsplatz wünschen (Abbildung 4). In Deutschland gibt es zudem sehr große regionale Unterschiede beim Angebot an Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige.

Abbildung 4: Wunsch und Realisation nach Kindertagesbetreuung für unter 4-Jährige



Quelle: AID:A – DJI-Survey 2009; Alter der Zielperson 0 bis 4 Jahre; n = 3.545; Berechnungen des DJI

Nicht nur das Vorhandensein eines Betreuungsplatzes, sondern auch der Betreuungsumfang hat starken Einfluss auf die zeitlichen Gestaltungsmöglichkeiten von Familien. Solange Kinder noch nicht selbstständig sind, muss eine permanente Betreuung gewährleistet sein. Dabei haben auch die Eltern mit Schulkindern Probleme, die Familienzeiten zu managen. In den letzten Jahren wurde zwar das Angebot an Ganztagsgrundschulen stark ausgebaut, wodurch der Anteil der Ganztagsgrundschüler zwischen 2004 und 2008 von 7 Prozent auf 19 Prozent gestiegen ist. Aber in Westdeutschland ist immer noch die Halbtagsgrundschule die Regel. Damit auch beispielsweise Alleinerziehenden eine Vollzeittätigkeit in ihrem Beruf ermöglicht werden kann, müssen auch Randzeiten durch Betreuungsangebote abgedeckt sein.

„Trotz der Anstrengungen im Ausbau liegt die Quote der Bildungs- und Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren und für Kinder über sechs Jahren in Deutschland noch unter 25 Prozent. Familien brauchen ausreichende Betreuungsangebote in hervorragender Qualität, um in ihren vielfältigen Aufgaben unterstützt zu werden. Bildungs- und Betreuungsangebote können lokal am besten in Familienzentren und Freizeitheimen an Schulen realisiert werden.“

PD Dr. Fabienne Becker-Stoll

Oft sind es die Taktgeber im sozialen Nahraum, die im Alltag von Familie Zeitknappheit verursachen. Wenn die einzelnen Familienmitglieder in unterschiedliche Zeitsysteme (Kindertageseinrichtungen, Schule, Erwerbsarbeit, Sportverein etc.) integriert sind, entstehen Konflikte an den Schnittstellen der verschiedenen Lebensbereiche. Veränderungen in einem Lebensbereich (z. B. Arbeitszeiten oder Geschäftsöffnungszeiten) wirken sich auf die für andere Lebensbereiche verfügbaren bzw. erforderlichen Zeiten aus (z. B. Betreuungsmöglichkeiten oder Nahverkehr). Die Kommune ist daher ein besonderer familienzeitpolitischer Akteur. Kommunale Zeitpolitik zielt darauf, die Lebensqualität vor allem in zeitlicher Hinsicht zu erhöhen.

In der Gemeinde oder im Stadtteil entscheidet sich, ob und wie sich das Familienleben ausprägen kann. Ausschlaggebend für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind z. B. die Möglichkeiten der Kinderbetreuung, die Eltern an ihrem Wohnort bzw. Arbeitsplatz in guter Erreichbarkeit vorfinden. Eine wichtige Voraussetzung, unter der örtliche Politik für Familien gelingen kann, ist die möglichst präzise Vermessung der örtlichen Lebensverhältnisse und die Implementierung passender, auf die Engpässe in den Lebenslagen der Familien zugeschnittener Hilfen.

Die vielfältigen Bedürfnisse von Familien, vor allem solcher mit Klein- und Schulkindern, nach zeitlicher Entlastung und Abstimmung lassen sich vor Ort durch neue Formen der kommunalen Planung, Vernetzung und Kooperation befriedigen. Dies kann in Familien- bzw. Eltern-Kind-Zentren, Mehrgenerationenhäusern oder auch in Ganztagschulen realisiert werden, wenn hier Familien als Ganzes, als Lebenszusammenhang im Zentrum stehen.

Ausgewählte Schlussfolgerungen der Kommission:

Ein zentrales Problem bei der Gestaltung von Familienalltag ist häufig, dass verschiedene Zeitstrukturen nicht aufeinander abgestimmt sind. So decken etwa in manchen Fällen die Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen die Arbeitszeiten der Eltern nicht komplett ab. Die Abstimmung verschiedener Zeitstrukturen kann in den meisten Fällen am besten auf kommunaler Ebene erfolgen. Lokale Zeitpolitik ist also ein integraler Bestandteil familienbezogener Zeitpolitik.

Kommunale Zeitpolitik muss Bestandteil familienfreundlicher kommunaler Infrastrukturen werden.

1. Initiativen, in denen die zentralen Taktgeber einer Kommune (z. B. Schulen, Betreuungseinrichtungen, Handel, Vertreter öffentlicher und privater Dienstleistungsanbieter, Arbeitgeber sowie Verkehrsbetriebe) sich zu familienzeitpolitischen Austauschplattformen zusammenschließen und abgestimmte koordinierte Handlungsstrategien entwickeln, können die Möglichkeiten einer erhöhten Zeitsynchronisation entsprechend den tatsächlichen Bedürfnissen von Familien vor Ort verbessern. Eine herausgehobene Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Lokalen Bündnisse für Familie, die gestärkt werden sollten.

2. Die Vernetzung von – häufig fragmentierten und getrennt voneinander existierenden – Angebotsstrukturen unter einem Dach wie zum Beispiel in Familienzentren, Mehrgenerationenhäusern oder andere können in mehrfacher Hinsicht zu Zeitoptimierungen im Sinne der besseren Synchronisation beitragen:

Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, der Familienbildung oder Erziehungsberatung verbinden sich in neuen Kooperationsmodellen und stimmen Kinderbetreuungsbedarfe miteinander ab und ermöglichen den schnellen und transparenten Zugang zu Hilfen für Familien. Sie haben das Potenzial, zu kommunalen Knotenpunkten für Familiendienstleistungen zu werden, in dem neben öffentlich geförderten Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangeboten auch zivilgesellschaftliches Engagement z. B. im Sinne von Nachbarschaftshilfe, aber auch privat-gewerblicher Angebote haushaltsnaher Dienstleistungen passgenau auf die Bedürfnisse der Familien in diesem Sozialraum zugeschnitten werden. Auf diese Weise kann der Aufbau einer familienfreundlichen kommunalen Infrastruktur in Gang gebracht oder beschleunigt werden, die auch die zeitlichen Bedürfnisse im Blick hat.

3. Das bestehende deutsche Schulsystem mit vormittäglichen Unterrichtszeiten und 14 Wochen Schulferien im Jahr stellt berufstätige Eltern vor beinahe unlösbare Probleme. Notwendig sind ein (weiterer) bedarfsgerechter Ausbau an qualitativ hochwertigen Ganztagschulen, die Kindern Bildungs- und Entwicklungschancen auch in außerschulischen Bereichen bieten, und kürzere Ferienschlusszeiten bei Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen.

3.3 Umverteilung von Zeit

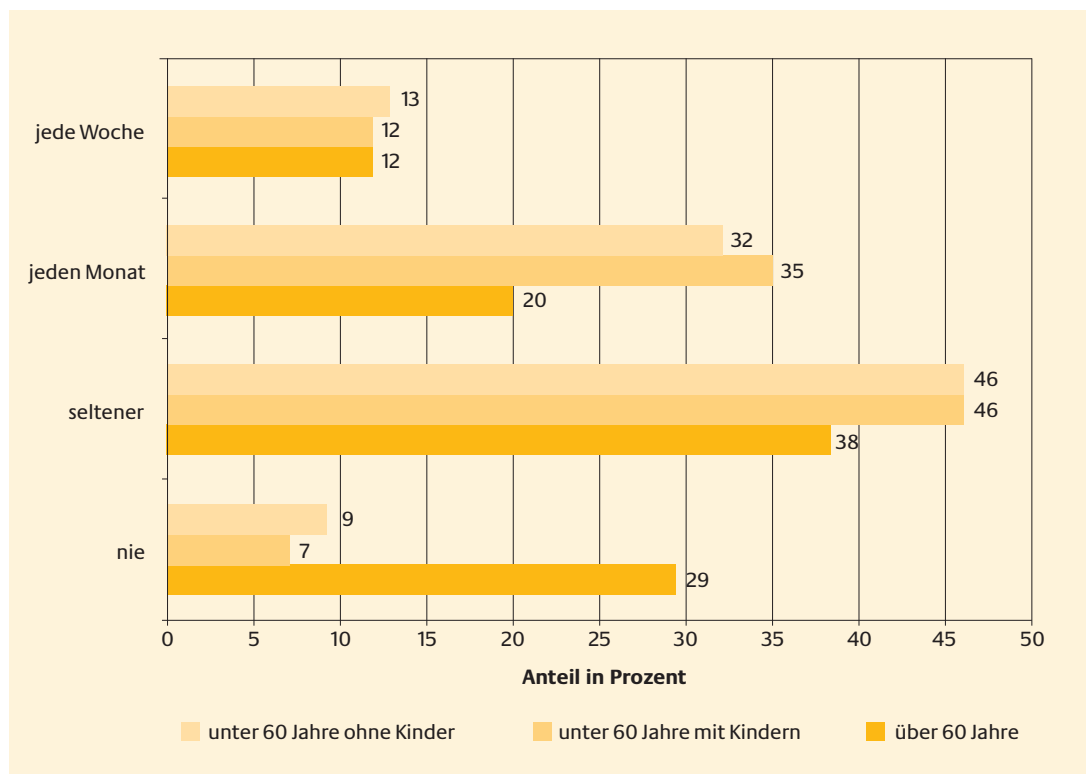
Oft ist Zeit für Familien nicht einfach knapp, sondern nur innerfamiliär ungleich verteilt. Haushalts- und Erziehungs- oder Pflegeaufgaben bleiben hauptsächlich immer noch den Frauen überlassen. Ungleichverteilung von Zeit in der Familie kann auch aus den institutionalisierten Vorgaben eines Lebensverlaufs resultieren (z. B. durch eine festgelegte Abfolge von Ausbildungs- und Erwerbsphasen) oder, was ein weiterer lebenslaufbezogener Aspekt ist, intergenerationaler Natur sein (z. B. durch vorhandene Zeitkonflikte im mittleren Erwachsenenalter gegenüber größeren Zeitressourcen in der Ruhestandsphase). Auf der einen Seite steigt der zeitbedingte Druck der jüngeren Generation, auf der anderen Seite werden die zeitlichen Möglichkeiten der älteren Generation vielfach nicht oder zu wenig genutzt. Die Zeitressourcen können recht unterschiedlich verteilt sein. Eltern mit Kindern leiden häufig unter Zeitknappheit, während Personen im Ruhestand zum Teil große Zeitreserven haben können. Soweit Zeitressourcen im Sinne der Präferenzen aller Beteiligten umverteilt werden können, ist eine Umverteilung zwischen den Geschlechtern, im Lebenslauf sowie zwischen Generationen grundsätzlich erstrebenswert und förderungswürdig.

„Es ist sehr wichtig, dass unter dem Stichwort ‚Pflege‘ ältere Menschen nicht nur als Hilfeempfangende, sondern auch als Hilfegebende gewürdigt werden. Damit wird die Mitverantwortung, die viele ältere Menschen zeigen, in angemessener Weise gewürdigt.“

Prof. Dr. Andreas Kruse

Zivilgesellschaftliches Engagement, vor allem älterer Menschen, spielt eine große Rolle bei der familienentlastenden Umverteilung von Zeit. Ein Drittel der über 60-jährigen engagiert sich schon heute häufig bei Freunden, Nachbarn und Bekannten (Abbildung 5). Die Hilfeleistungen in Bekannten- und Nachbarschaftsnetzwerken ergänzen die institutionalisierten Leistungen. Auf lokaler Ebene sind die Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Entstehen solcher Netzwerke fördern. Der gesellschaftliche Diskurs über das Alter muss die Potenziale des Alters, den Nutzen von Erfahrungswissen wie die Fähigkeit, Kompetenzen zu erweitern und Neues zu lernen, hinreichend berücksichtigen. Zeit für Verantwortung in der Familie schließt das zivilgesellschaftliche Engagement aller Generationen ein. Alle Generationen profitieren von zivilgesellschaftlichem Engagement, alle können und sollten sich zivilgesellschaftlich engagieren – in ihrem eigenen Interesse wie auch im Interesse anderer.

Abbildung 5: Verbreitung von Mithilfe bei Freunden, Bekannten und Nachbarn



Quelle: SOEP 2009; Berechnungen des ifo Instituts

Ausgewählte Schlussfolgerungen der Kommission:

Familien sollten entlastet werden, indem Zeitressourcen zwischen Müttern und Vätern und zwischen den Generationen besser genutzt werden.

1. Das mitverantwortliche Potenzial älterer Menschen sollte häufiger angesprochen werden, um diese für die Familienzeit zu gewinnen.
2. Familienunterstützende Dienstleistungen können Familien entlasten und dazu beitragen, dass sie ihren Alltag besser organisieren können. Damit diese Dienstleistungen in Deutschland mehr genutzt werden, müssen im Wesentlichen sowohl Informations- als auch Kostenfragen gelöst werden. Ein neuartiges kommunales Engagement, das den Aufbau und die Förderung sowie neue Zugänge zu Dienstleistungen umfasst, kann Perspektiven für Familien schaffen. Bestehende Infrastruktureinrichtungen, wie z. B. Kitas oder Mehrgenerationenhäuser, könnten als Drehscheiben oder Vermittlungszentren mit neuartigen Funktionen als Dienstleistungszentren genutzt werden.
3. Kommunen sollten sich – wie die Gesellschaft insgesamt – stärker am Gedanken einer fürsorgenden Gemeinschaft (Caring Community) orientieren. Kommunale Plattformen zur Förderung und Koordinierung zivilgesellschaftlichen Engagements können die Basis für das Entstehen solcher Communitys sein.

4. Der Bundesfreiwilligendienst ist in stärkerem Maße als Instrument zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements älterer Menschen zu nutzen. Der Bundesfreiwilligendienst sollte als Option für zum Engagement bereite ältere Menschen offensiv propagiert und die Suche nach geeigneten Möglichkeiten für ältere Menschen erleichtert werden (ggf. auch in Form einer „Platzbörse“ für Seniorinnen und Senioren).

IV.

Der 8. Familienbericht im Dialog

Wie schon beim 7. Familienbericht, standen auch die Kommissionsmitglieder des 8. Familienberichts bereits während der Erarbeitung im offenen Dialog mit wichtigen gesellschaftlichen Kräften und haben ihre Überlegungen vorgestellt und diskutiert:

11.01.2011	Fachgespräch zum Arbeitszeitrecht mit Wirtschaftsverbänden, Thema: „Rechtliche Rahmenbedingungen für die Zeit für Familie“
27.01.2011	Vortrag bei der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ), Fabienne Becker-Stoll: „Zeit für Verantwortung in der Familie“
03.02.2011	Vortrag bei der Arbeitsgruppensitzung der länderoffenen Arbeitsgruppe der AGJF, Hans-Peter Klös: „Zeit für Familie – Das Thema für den 8. Familienbericht“
21.02.2011	1. Sitzung des Beirats aus der Praxis, Thema: „Zeit für Verantwortung in der Familie“
22.02.2011	Vortrag bei der Dialogveranstaltung des Deutschen Vereins, Helmut Schneider: „Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Vorteile für Unternehmen“, Andreas Kruse: „Zeitliche Lebenslagen von Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen in der Kommune“
25.02.2011	Vortrag bei der Kuratoriumssitzung des Bundesjugendkuratoriums, Fabienne Becker-Stoll: „Zeit für Verantwortung in der Familie“
12.05.2011	Vortrag bei der Tagung des Deutschen Caritasverbands/Paritätischen Gesamtverbands, Helmut Schneider und Andreas Kruse: „Zeitbetrachtung im Kontext des 8. Familienberichts – Auf der Suche nach der zeitoptimierten Familie?“
03.06.2011	Vortrag bei der Jahrestagung des Deutschen Familienverbandes, Hans-Peter Klös: „Zeit für Familie – Das Thema für den 8. Familienbericht“
17.06.2011	Vortrag bei der Sitzung des Fachausschusses I der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), Helmut Schneider: „8. Familienbericht – Work in progress“
29.06.2011	Fachgespräch zum Thema Arbeitszeitrecht mit Rechtsexpertinnen und -experten aus der Wissenschaft, „Zeit für Verantwortung in der Familie: Berufstätigkeit als konkurrierender Zeitbedarf“
06.07.2011	2. Sitzung des Beirats aus der Praxis, Thema: „Der 8. Familienbericht – Annahmen, Ergebnisse und Empfehlungen“
24.01.2012	Vortrag beim Bündnis für Familie, Norbert Schneider: „Ergebnisse des 8. Familienberichts“

V.

Die Sachverständigenkommission für den 8. Familienbericht

Zur Erstellung des 8. Familienberichts wurde im Juli 2010 eine achtköpfige interdisziplinäre Expertenkommission, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Bereichen der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, der Soziologie, der Entwicklungspsychologie und der Rechtswissenschaften, berufen.

Die Mitglieder der Kommission sind:

PD Dr. Fabienne Becker-Stoll	Direktorin des Instituts für Frühpädagogik in München
Dr. Hans-Peter Klös	Leiter des Wissenschaftsbereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik am Institut der deutschen Wirtschaft in Köln
Prof. Dr. Andreas Kruse	Leiter des Instituts für Gerontologie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Prof. Dr. Dr. Joachim Möller	Leiter des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg
Prof. Dr. Jutta Rump	Leiterin des Instituts für Beschäftigung und Employability an der Fachhochschule Ludwigshafen
Prof. Dr. Dr. Helmut Schneider	Direktor des Forschungszentrums Familienbewusste Personalpolitik, Inhaber des SVI-Stiftungslehrstuhls für Marketing und Dialogmarketing, Steinbeis-Hochschule Berlin
Prof. Dr. Norbert Schneider	Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden
Prof. Dr. Gregor Thüsing LL.M.	Direktor des Instituts für Arbeitsrecht und soziale Sicherheit an der Universität Bonn

Zum Kommissionsvorsitzenden wurde Herr Prof. Dr. Gregor Thüsing und zu seinen Stellvertretern Frau PD Dr. Fabienne Becker-Stoll und Herr Dr. Hans-Peter Klös bestimmt.

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 0180 5 778090*
Fax: 0180 5 778094*
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Redaktion und Erarbeitung:

Geschäftsstelle 8. Familienbericht
ifo Institut-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.
Poschingerstr. 5
81679 München

Für weitere Fragen nutzen Sie unser

Servicetelefon: 0180 1 907050**

Fax: 030 18555-4400

Montag–Donnerstag 9–18 Uhr

E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115***

Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Artikelnummer: 2BR70

Stand: Oktober 2011, 1. Auflage

Gestaltung: www.avitamin.de

Druck: Silber Druck oHG, Niestetal

* Jeder Anruf kostet 14 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz,
max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.

** 3,9 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen

*** Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche
Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung.
Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen,
Nordrhein-Westfalen u. a.. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.d115.de;
7 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.